



Ostoberfranken

125 JAHRE IG METALL OSTOBERFRANKEN

Mitreden. Mitentscheiden. Mitgestalten.

2016



JAHRE IG METALL

GEMEINSAM
FÜR EIN GUTES LEBEN.



125 JAHRE IG METALL OSTOBERFRANKEN

Mitreden. Mitentscheiden. Mitgestalten.



Impressum:

Herausgeber: IG Metall Ostoberfranken, Hofer Straße 21, 95213 Münchberg
Verantwortlich: Volker Seidel, 1. Bevollmächtigter
Text/Recherche: Bernd Köhler M. A.
Gestaltung: Catherina Mathias
Druck: Druckerei Schiller, Dr. Enders-Straße 63, 95030 Hof

1. Auflage Juni 2016 - 1.500 Exemplare

Für die Unterstützung bei der Recherche und die Überlassung von Archivmaterialien, Unterlagen und Fotos danken wir dem Stadtarchiv Bayreuth, Max Angerer, Georg Sticht, Manfred Möckel, der Wilhelm-Leuschner-Stiftung Bayreuth, dem Zentralarchiv der IG Metall und der Stadt Hof

„Die Geschichte zu betrachten, bedeutet heute keinen nostalgischen Rückblick auf vermeintlich gute alte Zeiten. Es bedeutet, nachzudenken über bisher Erreichtes, die Weichen zu stellen für Zukünftiges und die Kräfte zu sammeln für bevorstehende Aufgaben.“

Heinz Köppel (1. Bevollmächtigter IG Metall Ostoberfranken, 1991)



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

in 2016 feiert die IG Metall ein Jubiläumsjahr: Die IG Metall wird 125 Jahre alt. Dies ist für uns in Ostoberfranken ein Grund zur Freude aber auch ein Grund zurück zu blicken in

das Jahr der Gründung des Deutschen Metallarbeiter Verbandes, denn auch unsere Geschichte ist eng mit den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1891 verbunden. Bereits 1885 hatten sich, noch unter dem Diktat der Bismarckschen Sozialistengesetze, Bayreuther Gewerkschafter zur Gründung eines Fachvereins zusammengefunden. Unter dem Druck der „Staatsmacht“ war eine freie gewerkschaftliche Agitation noch nicht möglich.

Erst im August 1890 konnten Vertrauensmänner der Metallarbeiter in der Zeitung zu einem Treffen aller Gewerkschaftsverbände aufgerufen, um für ein „einmütiges Handeln aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter“ zu sorgen. Dieser Kongress fand im November 1890 in Berlin statt, an dem zahlreiche Mini-Organisationen zersplitterter Gewerkschaftsverbände teilnahmen. Auf diesem Kongress beschloss man die Gründung eines Metallarbeiterverbandes, damit sich alle Berufsgenossen aller Metallbranchen in einer Organisation zusammenschließen konnten.

Man kann es sich heute kaum vorstellen, dass zum Beispiel in der Metallindustrie fünfundachtzig bis einhundertzwanzig Stunden gearbeitet wurde, von 6:30 Uhr morgens bis um 22:00 Uhr oder 24:00 Uhr in der Nacht. Die Erschöpfungen waren so häufig, dass der Meister mit einer Flasche Wermut für kleine Aufmunterungen sorgte, wenn Ohnmachtsanfälle drohten. War der Auftrag beendet, wurden die Arbeiter brotlos.

Auch in Pegnitz gab es Ende des 19. Jahrhunderts billige Arbeiter, die die schwere Arbeit in der Gießerei 66 Stunden pro Woche durchhielten, d.h. täglich elf Stunden an sechs Tagen die Woche. Diese Fabrikarbeiter wandten sich nun gegen die Bürger, um aus ihren engen Verhältnissen zu kommen. Bismarck hatte versucht, sie mit einem Sozialistengesetz zu stoppen, doch mit seinem Abdanken fiel es und der Unmut brodelte weiter. So kam es schon 1891 zur Gewerkschaftsgründung in Pegnitz. Ein Konrad Ertl war in diesem „Deutschen Metallarbeiterverband“ aktiv.

Schon zum 100 jährigen Jubiläum 1991 erschien ein kleines Büchlein zur Geschichte der IG Metall in Ostoberfranken. Seither ist die wechselvolle Geschichte der IG Metall 25 Jahre weiter geschrieben worden. Damals schrieb mein Vorgänger Heinz Köppel: „Die Geschichte zu betrachten, bedeutet heute keinen nostalgischen Rückblick auf vermeintlich gute alte Zeiten. Es bedeutet, nachzudenken über bisher Erreichtes, die Weichen zu stellen für Zukünftiges und die Kräfte zu sammeln für bevorstehende Aufgaben.“

Und jeder weiß, dass nicht die Kämpfe, die wir verlieren, unsere Niederlagen sind, sondern die Kämpfe, die wir gar nicht führen.

In diesem Sinne wünsche ich viel Spaß beim Rundgang durch die Geschichte der IG Metall vor Ort.

Volker Seidel

1. Bevollmächtigter
IG Metall Ostoberfranken

Reichs-Gesetzblatt.

№ 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hilfskassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3.

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des Reichs-Gesetzbl. 1878.

Ausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.

DIE ANFÄNGE

1884

(...) dass die Interessen der Lohnarbeiter von diesen selbst formuliert werden müssen und ihre Vertretung nur mit Organisationen gelingen kann, die sie selbst schaffen und kontrollieren.

Die Vorgeschichte der Gewerkschaftsbewegung führt zur Revolution von 1848, in der sich – auch unter dem Einfluss sozialistischer Ideen aus Frankreich – erstmals Arbeiterorganisationen als eigenständige politische Kraft zu Wort meldeten. In der Folgezeit wurden diese zerschlagen (wie die „Arbeiterverbrüderung“) oder lösten sich selbst auf (wie der „Bund der Kommunisten“). Was blieb war die Idee einer Organisation der Lohnarbeiter und überzeugte Menschen, die sie weiter propagierten und organisierten. Erfolge zeigten sich auch im Wachstum von Hilfs- und Unterstützungskassen (deren Wirksamkeit auch davon abhängig war, ob sie über den Ort und die Branche hinaus Solidarität organisieren konnten), in denen sich Arbeiter aus dem Handwerk und der neu entstehenden und wachsenden Industrie zusammenschlossen. Bei allen Unterschieden in der politischen Zielsetzung war ein Gedanke gemeinsam: dass die Interessen der Lohnarbeiter von diesen selbst formuliert werden müssen und ihre Vertretung nur mit Organisationen gelingen kann, die sie selbst schaffen und kontrollieren. Die sollten möglichst alle Beschäftigten einer Branche organisieren und deren Interessen gegenüber dem „Brotherrn“ vertreten. Dies meint der Begriff der „freien“ Gewerkschaften.

In den Leitsektoren der Industrie, wo in großen Fabriken viele, oft wenig qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt waren, entstanden bald Industrieverbände, wie der Textilarbeiterverband (übrigens der erste, der auch Frauen organisierte).

Anders im Metallbereich, wo Gewerkschaften zunächst berufs- oder branchenbezogen aufgebaut wurden, obwohl bereits 1874 erste Bestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Industrieverbands einsetzten. Gemeinsam wurden allerdings Unterstützungskassen organisiert. Deren Organ, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, wurde so auch zum gemeinsamen Presseorgan der Metaller und stand im Zentrum der Bestrebungen für einen Zentralverband. 1884 erfolgte mit dem Erstarken der Organisationen ein neuer Anlauf dazu, diesmal erfolgreich. Aber bereits



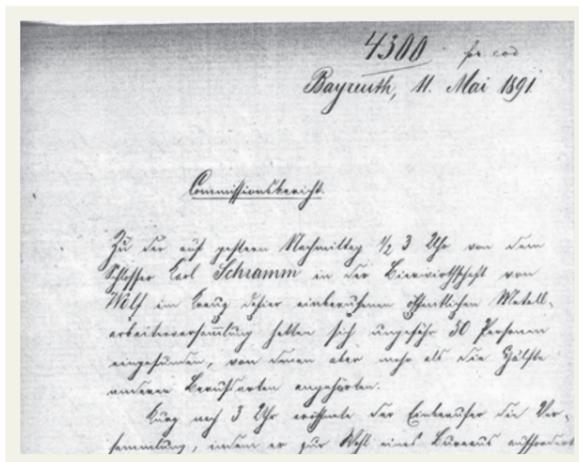
Versamlungsankündigung Gründung Bayreuth, 1885

im Jahr darauf erfolgte das Verbot, wie es unter dem „Sozialistengesetz“ Organisationen der Arbeiter immer drohte. Die DMZ erschien in Nürnberg, es ist daher nicht verwunderlich, dass sich auch in Oberfranken schon frühzeitig Metaller organisierten.

Am 15. November 1885 teilte der Schlosser Georg Weiß aus Kemnath dem Stadtmagistrat von Bayreuth mit, dass die „Unterfertigten“ am Dienstag, den 17. November abends acht Uhr eine „Versammlung behufs Besprechung zur Gründung eines Fachvereins der Metallarbeiter und verwandter Berufsgenossen“ abhalten wollen, „und zwar im ‚Deutschen Hause‘ dahier“.

Mit einer Anzeige im Bayreuther Tagblatt vom Vorabend sei die Versammlung allgemein bekanntgegeben und nun wolle man dieses „einem wohlwollenden Stadtmagistrath zur gefälligen Kenntnis bringen“.

Der Magistrat sandte den Polizeioffizianten Krieger zur Beobachtung der Versammlung. Aus seinem Bericht erfahren wir, dass die Versammlung ruhig verlaufen sei und politische Fragen ausgeschlossen waren. Anhänger der Sozialdemokratie konnte der Berichtstatter nur einen ausmachen. Die 30 bis 35 Anwesenden wählten per Akklamation den Schlosser Georg Weiß zum Vorsitzenden, der in der Schlosserei Hensel in Bayreuth beschäftigt war, in der es in der Folgezeit mehrmals zu Streiks kam. Der Gasarbeiter Georg Georgius wurde Kassier und der Eisendreher Heinrich Preußner Schriftführer des Fachvereins. Ähnlich können wir uns die Gründung in Hof vorstellen, wo im Spätsommer 1886 im Gasthaus „Lokomotive“ Schmiede und Schlosser einen Fachverein der Metallarbeiter gründeten. Auch in Pegnitz schlossen sich mit der Ansiedlung der Firma AMAG-Hilpert 1891 die ersten Beschäftigten dem Metallarbeiter-Verband an – und die Beschäftigten der heutigen KSB sind seitdem ein Rückhalt der IG Metall in Ostoberfranken.



Bericht über Versammlung 11.05.1891

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes konnte 1891 mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eine zentrale Organisation geschaffen werden – aus der sich die heutige IG Metall entwickelte. Diese Gründung war kein einmaliger Akt, sondern ein längerer Prozess – einige Berufsverbände schlossen sich erst später an, aber auch örtlichen Fachvereine bestanden zunächst weiter. So schloss sich die Bayreuther Gruppe erst 1895 dem Verband an.

Die Gründung erfolgte im Zusammenhang der Neuorganisation der Gewerkschaftsbewegung. Auch aus den Erfahrungen des Hamburger Hafentarbeiterstreiks 1890 (in dem zwei Gewerkschaften aufgegeben wurden) wurde die Konsequenz gezogen, dass ein stärkerer Zusammenschluss der gesamten Gewerkschaftsbewegung nötig sei. Auf Initiative von Metall-Gewerkschaften trafen sich daher Ende 1890 Delegierte aller Gewerkschaften (es gab damals ca. 60 Verbände mit insgesamt etwa 300.000 Mitgliedern, die 286 Filialen der Metallarbeiter hatten etwa 33.000 Mitglieder) und beschlossen die Einrichtung der „Generalkommission der freien Gewerkschaften“, zur Vorbereitung eines solchen Bundes, der dann 1919 mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) entstand.

Zentralverbände sollten nicht nur die Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern stärken, sondern auch die Verwaltungsarbeit der wachsenden Gewerkschaften erleichtern. Erschwert wurde dies freilich durch unterschiedliche Regelungen und Leistungen der einzelnen Verbände. Zudem erfolgte die Arbeit fast ausschließlich ehrenamtlich, nur langsam gelang die Einrichtung örtlicher Gewerkschaftsbüros, „Arbeitersekretariate“ genannt. Ab 1909 waren Arbeitersekretäre auch als Vertreter vor Gericht zugelassen.



Auch Gießereiarbeiter der Amag-Hilpert-Pegnitzhütte waren im Deutschen Metall-Verband organisiert. (Nordbayrischer Kurier 03./04.06.1990), Foto: KSB)

Als gewerkschaftliche Aufgabe wurde also auch die berufliche Qualifikation und die Bildung der Arbeiterschaft gesehen.

Ein Blick in die DMZ zeigt, was damals Aufgaben der Gewerkschaften waren. Die ab 1883 erscheinende Zeitung behandelte nicht nur die Verbandsarbeit und gewerkschaftliche Fragen, es erschienen auch Berichte und Kommentare zu politischen und wirtschaftlichen Themen und Artikel zu berufsfachlichen Fragen für Metaller, Arbeits- und Unfallschutz sowie zu allgemeinbildenden Themen. Als gewerkschaftliche Aufgabe wurde also auch die berufliche Qualifikation und die Bildung der Arbeiterschaft gesehen.

Der rasche Mitgliederzuwachs schon vor dem Entstehen zentraler Organisationen ist nicht vorstellbar als Erfolg allein von Organisationsarbeit, er zeigt vielmehr, dass der Grundgedanke von zunehmend vielen Arbeitern verstanden worden war und sie sich organisierten. Dabei konnten sie zurückgreifen auf die vorhandenen Organisationen: Unterstützungskassen, Arbeiterzeitungen und politische Organisationen der Arbeiterbewegung. Hauptamtliche gab es nicht, abgesehen von Redakteuren der Arbeiterzeitungen. Das erste „Arbeitersekretariat“ wurde 1894 vom Ortsausschuss Nürnberg eingerichtet und mit dem Metaller Martin Segitz besetzt, der wiederholt auch in Bayreuth auftrat.



Postkarte Streik Crimmitschau, 1904

In Oberfranken lagen die wirtschaftlichen Schwerpunkte außerhalb des Metallbereichs: Es dominierte zumindest im östlichen Teil die Textilindustrie. Auch war die Wirtschaftsstruktur damals mit der heutigen nicht vergleichbar: die Konsumgüterindustrien hatten ein größeres Gewicht, ebenso Bauindustrie und -handwerk. Der Maschinenbau befand sich erst im Entstehen und hatte es in unserer Region schwer, denn große Anstöße zur Entwicklung kamen weder aus der Landwirtschaft (die überwiegend kleinbäuerlich und mit geringem Maschineneinsatz betrieben wurde) noch aus der dominierenden Textilbranche (die noch stark auf Hausweben und Heimarbeiterinnen ruhte). Erst die Einführung der Elektrizität schuf die Voraussetzung für einen breiten industriellen Einsatz von Maschinen.

Der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Organisation lag damit in der Textilindustrie und in den Baubranchen. Mit der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (entstanden aus der 1891 gegründeten Textilarbeitergewerkschaft, seit 1910: Deutscher Textilarbeiter-Verband) und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (entstanden aus dem Holzarbeiter-Verband, zu dem sich 1893 vier Verbände zusammenschlossen) haben sich zwei traditionsreiche Gewerkschaften inzwischen der IG Metall angeschlossen. Diese drei Gewerkschaften waren auch seit den 1920er Jahren die größten Verbände im ADGB, sie repräsentierten die Beschäftigten der Branchen, die als Gewinner aus dem Industrialisierungsprozess hervorgingen.

Seit Mitte der 1880er Jahre – also der Zeit, in der auch in unserer Region Gruppen der Metallarbeitergewerkschaft entstanden – nahmen die Mitgliederzahl wie auch die Streikaktivitäten zu. Die materiellen Erfolge der Arbeitskämpfe blieben eher bescheiden, zu einem großen Teil handelte es sich um Abwehrstreiks gegen Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerung oder willkürliche Entlassungen. Herausragendes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzungen im sächsischen Crimmitschau 1903/04, wo die Unternehmer auf einen Streik der Textilarbeiter mit Aussperrung und Entlassungen reagierten, Verhandlungen verweigerten und das Militär zur Hilfe riefen. Dies alles war keine Ausnahme, schließlich bestand kein Streikrecht und auf welcher Seite die Staatsgewalt stand, war keine Frage. Was deutschlandweit Aufsehen erregte, war die Standhaftigkeit der Crimmitschauer, die eine breite Welle der Solidarität hervorrief.

...um „konkurrenzfähig zu bleiben“

In Bayreuth sorgt vor allem die Eisengießerei Hensel für negative Schlagzeilen. Allein 1903 kommt es zu zwei Arbeitsniederlegungen, im März, als die Akkordsätze gesenkt wurden, um „konkurrenzfähig zu bleiben“, wie es in der Begründung hieß und im Herbst, als der Metallarbeiter-Verband zum Streik aufruft, nachdem fünf Former entlassen wurden, und die Kollegen dies als Maßregelung bewerteten. Zugleich erhoben sie die Forderung nach einer Arbeitszeitregelung und nach Anhebung ihrer Akkordsätze. Organisatorische Unterstützung kam aus Nürnberg, so auch beim Streik 1910 für eine 15prozentige Lohnerhöhung. Der Lohn wurde übrigens erhöht!

Mechanische Baumwoll-Spinnerei Bayreuth (um 1900)

Solidarität zeigte sich auch materiell – Sammlungen zur Unterstützung von Streikenden gab es regelmäßig, denn die Streikkassen waren nicht besonders groß und die Unternehmertaktik lief klar darauf hinaus, die Gewerkschaften auszubluten und damit zu zerschlagen, was in einigen Fällen auch gelang. Neben der Unterstützung in Arbeitskämpfen blieben die Unterstützungskassen eine wichtige Aufgabe. Auch wenn sie durch Sozialversicherungen teilweise überflüssig geworden waren (was auch ein Ziel bei deren Einführung war), fehlte weiterhin eine Absicherung bei Arbeitslosigkeit und die Unterstützung in Notlagen blieb für Gewerkschafter und ihre Familien weiter wichtig. Diese erreichte während des 1. Weltkriegs einen Umfang, der den Vorwurf aufkommen ließ, mit Gewerkschaftsgeldern würde die Kriegspolitik des Reiches unterstützt.



WELTKRIEG

1900

Der Kriegsbeginn war eine Niederlage der Arbeiterbewegung, die bei vielen internationalen Konferenzen ihre Gegnerschaft zu imperialistischen Macht- und Eroberungskriegen zum Ausdruck gebracht hatte. Der Wille, einen Krieg zu verhindern war freilich in keinem europäischen Land stark genug, sich gegen die Kriegsbegeisterung der herrschenden Kreise und die nationalistisch aufgeheizte öffentliche Meinung durchzusetzen. Im Gegenteil: Die Gewerkschaften akzeptierten die „Burgfriedenspolitik“ der Staatsführung und arbeiteten auch in den Einrichtungen der Kriegswirtschaft mit. Dabei war ihnen freilich bewusst, dass bei einer Verweigerung und erst recht bei offener Gegnerschaft ein Verbot drohte – die Zeit des Sozialistengesetzes war noch in Erinnerung und die Einstellung der herrschenden Kreise hatte sich seither keineswegs geändert. Auch bestand die Chance, als Interessenvertretung der Arbeiter anerkannt zu werden. Dies schien nach dem Krieg mit der Gründung der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft“ (ZAG) erreicht, in der zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zentrale Fragen verhandelt werden sollten.

Die allgemeine Kriegsbegeisterung – soweit sie überhaupt bestand – dauerte in der Arbeiterschaft nicht lange an. Die grundsätzliche Gegnerschaft zum Krieg stellte sich wieder ein, denn es wurde bald klar, dass es nicht um Verteidigung ging, sondern um Eroberungen und die Vorherrschaft in Europa. Bereits 1915 fand ein (für Kriegszeiten eigentlich nicht vorgesehener) Metallarbeiter-Gewerkschaftstag statt, ebenso 1917, wo dies zum Ausdruck kam. Eine Alternative zur Politik des „Burgfriedens“ konnten freilich auch die Kritiker nicht formulieren. Klar kritisiert wurde aber, dass die Kriegslasten einseitig von den Beschäftigten und ihren Familien getragen werden mussten. Positiv wirkte sich der Krieg allenfalls auf die Branchen aus, die Rüstungs- und Versorgungsaufträge des Militärs erhielten. Schwerwiegender war der Verlust von Arbeitskräften an die Armee – viele Betriebe mussten die Produktion einschränken, ein erheblicher

Teil der kleineren Betriebe stellte die Arbeit ganz ein. Das betraf in unterschiedlichem Maße alle Branchen, auch Metall und Maschinenbau.

Für Oberfranken ergab eine Zählung 1917:

	tätige Betriebe	ruhende Betriebe
Steine/Erden	303	103
Eisen/Metall	1174	302
Maschinen etc.	546	125
Spinnstoffindustrie	2197	510
Holz- u. Schnitzstoffe	3198	430
Bekleidung	3724	621
Baugewerbe	1164	488

Durch die zunehmenden staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft wurden die „kriegsnotwendigen“ Branchen weiter bevorzugt, was den vorher bereits ausgeprägten Konzentrationsprozess weiter vorantrieb.

Für Oberfranken stellte sich das so dar :

	Großbetriebe	Mittelbetriebe	Kleinbetriebe
	Anzahl/Beschäftigte		
1907	286 / 46826	1654 / 23733	27996 / 49787
1917	214 / 34884	953 / 15036	15310 / 24960

Die Verschlechterung der Versorgungslage war Folge dieser Entwicklung und führte zunehmend zu Protesten und auch zu Streiks, die auch mit politischen Forderungen verbunden waren: nach einem Friedensschluss ohne Annektionen und nach Demokratisierung im Deutschen Reich. Mit der Novemberrevolution 1918 wurden diese durchgesetzt, allerdings mit Friedensbedingungen zulasten Deutschlands. Unterschreiben durften den Friedensvertrag (der sich kaum von einem Diktat unterschied) die Kriegsgegner, die alten Machthaber, die den Krieg bis zur Niederlage weiter getrieben hatten, fühlten sich weiter „unbesiegt“.

REVOLUTION UND WEIMARER REPUBLIK

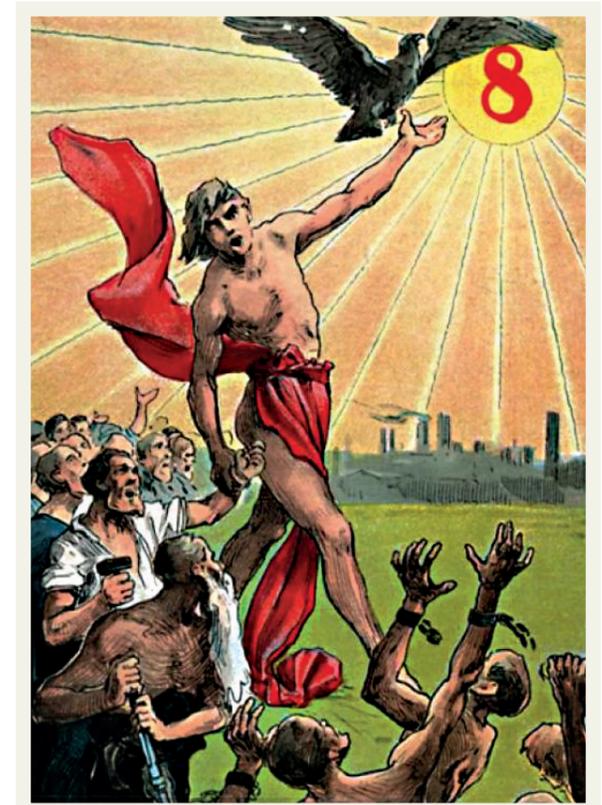
1919

Mit der Novemberrevolution übernahmen - auch in den Städten Oberfrankens – die spontan gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte die politische Gewalt. Die Räte wurden meist, auch in Bayreuth und Hof, in eindrucksvollen Massenversammlungen gewählt, waren aber in der Folgezeit kaum mehr als ein ziemlich machtloses politisches Kontrollorgan für die alten Verwaltungen und Gremien, die ihre Arbeit fortführten.

Bereits 1919 zeigte sich, dass die Räte in ihrer Mehrheit nicht selbst die Rolle der Volksvertretung wahrnehmen wollten, sondern die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie anstrebten, allerdings mit Demokratisierung der Wirtschaft. Darunter verstand man damals die Sozialisierung (insbesondere von Bergbau und Schwerindustrie); entsprechende Beratungen blieben ebenso wie die Tätigkeit der eingesetzten „Sozialisierungskommission“ folgenlos. Ein Schritt zu mehr Demokratie erfolgte in einem Bereich, an den vorher niemand dachte: nach ihrer (Selbst-) Entmachtung als politische Gremien blieben die Räte als betriebliche Vertretung erhalten. Das Betriebsrätegesetz von 1920 sprach ihnen aber noch nicht einmal innerbetrieblich ein volles Mitspracherecht zu, da der unzureichende Gesetzentwurf im Parlament noch weiter verwässert wurde. Proteste dagegen (so bei Verabschiedung vor dem Reichstag, mit 70 Toten nach dem Eingreifen der Schutzpolizei) blieben erfolglos. Allerdings war damit ein neues Feld gewerkschaftlicher Aktivitäten eröffnet, das künftig wachsende Bedeutung erhalten sollte.

(...) so gab es bei Kriegsende in Bayreuth nur noch 44 Metalller.

Doch brachte die Revolution – neben dem Kriegsende – auch tatsächliche Verbesserungen, alte gewerkschaftliche Forderungen wurden Wirklichkeit: das allgemeine und gleiche Wahlrecht (auch für Frauen),



Postkarte zum Kampf um den Achtstundentag (ca. 1901–1910)

die Anerkennung von Gewerkschaften und Tarifverträgen und der 8-Stunden-Tag. Die Gewerkschaften, die durch Einberufungen zum Kriegsdienst einen Einbruch der Mitgliederzahlen hinnehmen mussten (so gab es bei Kriegsende in Bayreuth nur noch 44 Metalller), verzeichneten einen raschen und starken Mitgliederzuwachs, auch an kleineren Orten schlossen sich die Metallarbeiter zusammen, so gehörten zur Zahlstelle Bayreuth die Verwaltungsstellen Berneck, Gefrees, Marktschorgast und Burgkunstadt, Pegnitz war eine eigene Zahlstelle. Auch die Arbeitersekretariate wurden ausgebaut, mit dem Rechtsschutz wuchsen ihnen neue Aufgaben zu und in Hof und Bayreuth begannen Bestrebungen zur Errichtung von Gewerkschaftshäusern.

Die Errungenschaften vom November 1918 waren freilich mehr der politischen Schwäche der herrschenden Klasse geschuldet, als der Einsicht der Unternehmer.

Schon bald setzte sich die alte Politik wieder durch: Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung wurden zum Ziel der Unternehmerverbände. Und auf politischer Ebene wurde die Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse schrittweise umgesetzt – gegen die zerstrittenen Arbeiterparteien (deren Zerstrittenheit freilich auch Ergebnis der unklaren Machtverhältnisse war).

Akut wurde dies mit dem Kapp-Putsch 1920, der durch einen Generalstreik niedergeschlagen wurde – allerdings in manchen Regionen auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führten mit den Putschisten oder mit Reichswehr-Truppen, die sich zwar geweigert hatten, gegen die putschenden Freikorps-Truppen vorzugehen, aber gegen deren Gegner jetzt die „Ruhe und Ordnung“ wieder herstellen sollten. Dabei geriet auch die Hofer Region, als die Hochburg der USPD in Bayern, ins Visier der „Ordnungskräfte“. Die Arbeiterschaft hier war wie in allen größeren Orten dem Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik gefolgt, zeigte sich aber entschlossen, diesen Streik fortzusetzen bis die Ziele, die auch ein Vorgehen gegen die republikfeindlichen Kräfte verlangten, erreicht waren. Mit der Verlegung von Reichswehrtruppen machte die Staatsgewalt klar, dass es ihr vor allem um die Niederschlagung der „Linken“ ging.



Demonstration in Berlin gegen den Kapp-Putsch

Dies wiederholte sich 1923 nach dem gescheiterten Hitler-Putsch. Wenige Tage nach dem Verbot der Nazi-Partei und der übrigen beteiligten „vaterländischen“ Verbände konnten diese ungestört in Hof aufmarschieren und Kundgebungen abhalten – ohne dass die Polizei einschritt. Diese ging allerdings gegen protestierende Arbeiter vor. Das zeigte, wie die Stimmung im bürgerlichen Lager in der Region deutlich nach rechts gekippt war. Die alten Liberalen und Konservativen konnten sich gegen die „völkischen“ Richtungen – mit ihrem neuen Star Adolf Hitler – nicht behaupten.

Hier ist ein Wort zum Verständnis der politischen Verhältnisse angebracht: Der Aufschwung der Gewerkschaften seit den 1890er Jahren bedeutete auch eine klare Ausrichtung auf die freien Gewerkschaften, demgegenüber wurden die christlichen und liberalen Gewerkschaften – obwohl auch sie Mitgliederzuwächse verzeichneten – an den Rand gedrängt. Allerdings gab es eine Vielzahl von Arbeitnehmerorganisationen, auch rechts-nationalistisch ausgerichtete, die in den 20er Jahren auch in Hof Fuß fassten. Diese zeigen das Bemühen, Arbeitnehmer von den Gewerkschaften „abzuwerben“. Das war mehr als eine parteipolitische Auseinandersetzung (wie etwa bei der Gründung des Christlichen Gewerkschaftsbundes in den 50er Jahren nach Streit um die Politik der Bundesregierung). Die deutschnationalen und konservativen Kräfte waren durchaus noch in einer ständischen (monarchistischen) Vorstellungswelt – und ihre Gegnerschaft zur Arbeiterbewegung war nicht parteipolitisch motiviert, sie empfanden schon die Tatsache eigenständiger Arbeiterorganisationen und deren Forderung nach politischer Mitsprache als Zumutung, wenn nicht als Bedrohung der Gesellschaft. Im Lied der Brigade Ehrhardt (eines der Putschisten-Freikorps) wurde der Gegner klar benannt: das „Arbeiterschwein“. Trotzdem oder gerade deswegen konnten die rechten Putschisten wie auch die bald entstehende Nazi-Partei auf Wohlwollen aus diesen Kreisen hoffen.

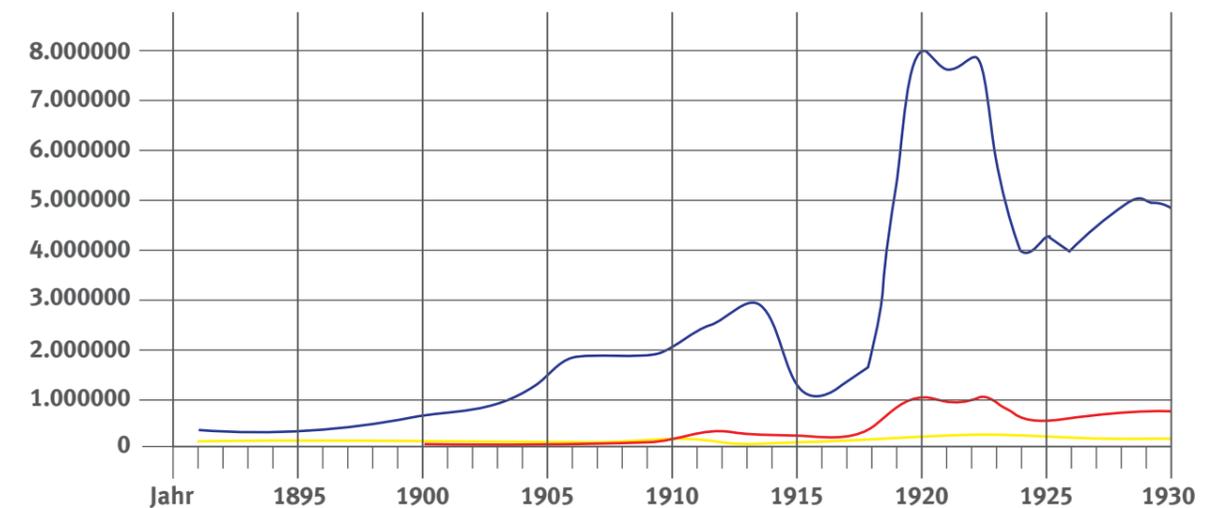
Die Gewerkschaften blieben zwar stark, konnten auch politische Erfolge wie die Schaffung der Arbeitslosenversicherung (1927) verzeichnen, gerieten aber zunehmend in die Defensive. Die wirtschaftliche Lage in der Weimarer Republik war nämlich – anders als die Rede von den „Goldenen 20er Jahren“ vermuten lässt – keineswegs eine Erfolgsgeschichte. Nach der Zeit der Hyperinflation trat zwar ein Aufschwung ein, der aber mit der Krise 1930/31 in eine Depressionsphase mündete, gekennzeichnet von Stagnation und Deflation. Die in der Region dominierende Verbrauchsgüterindustrie, die sich wirtschaftspolitisch meist nur schwer gegen die Interessen der traditionell bestimmenden Schwerindustrie durchsetzen konnte, musste mit deutlichen Umsatzrückgängen kämpfen.

Die Lage spitze sich zu, als die Politik auf einen Sparskurs einschwenkte, der die wirtschaftliche Entwicklung anhaltend verschlechterte.

In Hof waren über 40% der Bevölkerung Unterstützungsempfänger (...)

Wachsende Arbeitslosigkeit, verschärft durch soziale Notlagen aufgrund sinkender Sozialleistungen und Kürzungen bei den Staatsausgaben sowie Stagnation in der Produktion durch anhaltende Deflation sorgten dafür, dass Alltagsprobleme kaum noch zu bewältigen waren und Perspektiven nicht mehr zu erkennen waren. In Hof waren über 40 Prozent der Bevölkerung Unterstützungsempfänger – und Löhne wie Unterstützung reichten kaum zum Lebensnotwendigen.

Mitgliederzahlen der Gewerkschaften



- Freie Gewerkschaften
- Christliche Gewerkschaften
- Gesamtverband der Gewerkvereine Hirsch-Dunckcr

ZUR LEBENSLAGE DER ARBEITER

Die schlechte Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozess ist sprichwörtlich, schon der Begriff ist assoziiert mit Elend und Ausbeutung. In Oberfranken, wo sich Berufe wie Weber, Korbmacher und Heimarbeiterinnen konzentrierten, war die Lage nochmals verschärft und gegenüber dem vorindustriellen Stand deutlich verschlechtert (ein Bayreuther Tagelöhner konnte sich im 15. Jahrhundert „9 Pfund Rindfleisch, jetzt (1887) etwas über 2 Pfund von seinem Tagelohn kaufen“).

Ein Bericht des bayerischen Fabrikinspektors schildert 1881 die Lage so:

„Eine Speisekarte aus dem Frankenwalde bietet Morgens Cichorienbrühe und Kartoffel, Mittags Kartoffelklöße mit saurer Brühe aus Mehl, Essig und Wasser oder mit Sauerkraut. Abends Cichorienbrühe (häufig ohne Milch) und Kartoffel. Der Kartoffelkonsum des Tages kommt bis auf 1500 Gramm. Dazu wird viel Schnaps getrunken.“

Freilich gab es im Laufe der Industrialisierung deutliche Verbesserungen – und die Fabrikarbeiter hatten ein besseres Einkommen als Heimarbeiter oder Hausweber. Allerdings stiegen der Reallöhne langsam, konnten auch mit Streiks nicht immer gesichert werden und waren vor allem von der Preisentwicklung für Lebensmittel abhängig (und damit von Einflüssen durch die Schutzzollpolitik des Deutschen Reiches). Zunehmend wurden auch steigende Mieten v.a. in den Städten ein Problem. Zahlte man in Hof 1884 für ein Zimmer etwa 48 Mark im Jahr, kostete dies 1913 bereits 85 Mark. Die Preise für eine Wohnung (2 Zi., -Kü.) stiegen im gleichen Zeitraum von 108 auf ca. 260 Mark.

1913 lag der Jahresverdienst eines Spinners in Hof bei ca. 770 Mark, wovon etwa 250 Mark für Miete gebraucht wurden (2 Zi., Kü.). Für Hauptnahrungsmittel einer 6-köpfigen Familie: wöchentlich 2 Pfd. Fleisch macht jährlich ca. 150-160 Mark, täglich 4 Pfd. Brot macht jährlich ca. 250 Mark. Damit wäre das Jahreseinkommen fast aufgebraucht.

Wie dies real aussah, berichtet der „Vorwärts“ 1911:

„Morgens gibt es Kaffee(-Brühe) mit trockenem Brot. Mittags gibt es ... 4-5 mal in der Woche bayerische Knödel. Dazu gibt es mindestens 3x in der Woche Fleisch... weil sich die Mahlzeit am billigsten herstellen läßt. Das Fleischquantum, ¼ Pfund, wird in einer langen Brühe gekocht und muß für die ganze Familie reichen.“

Nun sollte man nicht denken, in Hof wäre es besonders schlecht gewesen. 1910 beschwerten sich die Bayreuther Textilarbeiter, dass ihre Löhne „sogar noch im Vergleich zu Hof“ zurücklagen.

Dass es im Krieg zu weiteren Verschlechterungen der Versorgung kam, wurde schon erwähnt. Der mühsam wieder erreichte Vorkriegsstand wurde aber Anfang der 20er Jahre von der Inflation gefährdet, in der manche Firmen dazu übergingen, „günstige“ Lebensmittel für ihre Beschäftigten in eigenen Verkaufsstellen abzugeben (in Erinnerung an das alte „Trucksystem“ aus der Frühindustrialisierung, als die Löhne mit Gutscheinen für die Firmenläden beglichen wurden). Danach trat zwar eine Verbesserung ein, die wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Zeit verhinderten aber eine dauerhafte Verbesserung der materiellen Lage.

Miete in Hof 1884
(2 Zimmer+Küche)



Miete in Hof 1913
(2 Zimmer+Küche)



Eine gewisse Erleichterung brachte das Genossenschaftswesen. Konsum- und Baugenossenschaften entstanden in vielen Städten, nicht zuletzt auf Initiative der Gewerkschaften.

„Arbeiter, denkt an Euer Vaterland!“

Klar ist allerdings, dass Arbeiter unter diesen Bedingungen keinerlei Rücklagen aufbauen konnten und die soziale Absicherung bescheiden und bei Arbeitslosigkeit zeitlich befristet war – und danach in die gemeindliche Armenfürsorge führte. Die war aber von Städten und Gemeinden aufzubringen, deren finanzielle Lage nicht besonders gut war und die zudem meist von bürgerlichen Kräften regiert wurden, die für die Anliegen der Arbeiter wenig (und für Forderungen keinerlei) Verständnis hatten. Diese Haltung verdeutlicht vielleicht ein Lohnzettel, auf dem Ende 1923 für 30 Arbeitsstunden ein Lohn von 4,81 Mark aufgeführt war, verbunden mit dem Appell „Arbeiter, denkt an Euer Vaterland!“

Auch wenn die Arbeitslosigkeit nach 1933 sank (nicht zuletzt aufgrund politisch forcierter Entlassungen – verheiratete Frauen, Juden – oder Verschwindenlassen von „arbeits-scheuen“ Langzeitarbeitslosen in Konzentrationslagern, sowie Verpflichtungen zu Arbeits- und Wehrdienst) kam es unter dem neuen Regime zu keiner Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter (zumal die Versorgung dem Ziel der Importvermeidung untergeordnet war, ab 1937 auch mit Bezugs-, d.h. Rationierungssystem). Der „Sozialstaat“ der Nazis funktionierte eher mit Versprechungen oder Parolen („Trockenbrot macht Wangen rot“) und der Beschwörung der scheinbar wiedergewonnenen nationalen Größe der „Volksgemeinschaft“ (oder wie Brecht die „Volksgenossen“ beschrieb: „Sie heben die Hände hoch/Sie zeigen sie her./Sie sind schon blutgefleckt/ und sind noch leer.“)

FASCHISMUS UND WELTKRIEG

1933

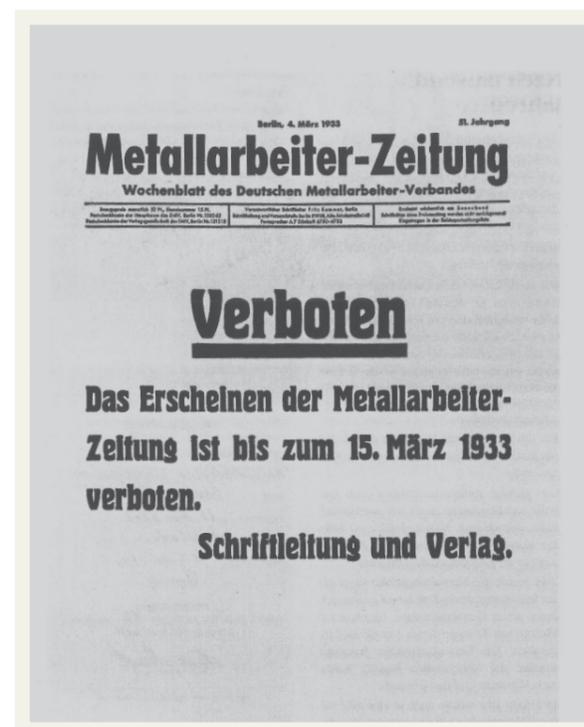
Die gewerkschaftliche Kampfkraft musste in einer solchen Situation schwinden – die Zahl der Beschäftigten und der Organisierten ging zurück. War es zunächst noch möglich, mit Arbeitskämpfen den Abbau von Löhnen und Angriffe auf den 8-Stunden-Tag abzuwehren, wurde dies mit wachsender Arbeitslosigkeit immer schwieriger. Forderungen der Gewerkschaften nach Beschäftigungsprogrammen und staatlichen Investitionsprogrammen zum Abbau der Arbeitslosigkeit wurden nur zögerlich propagiert und verhalten ungehört – und waren nicht mehr durchsetzbar gegenüber einer Regierung, die keine parlamentarischen Mehrheiten mehr braucht, sondern mit Notverordnungen ihre Politik umsetzte.

Der Aufstieg der Nazi-Partei fällt in diese Phase: sie konnte zum einen passende Sündenböcke anbieten, um die (von der deutschen Politik verursachten) Probleme zu „erklären“ (die Siegermächte, die Juden und die Arbeiterparteien) und warb mit scheinbaren Hilfsangeboten (Eintopfessen, Uniform für SA-Mitglieder). Dennoch führte nicht die Propaganda zum Erfolg, sondern die Intervention aus Kreisen der Wirtschaft, die schließlich den Reichspräsidenten drängten, die Nazis mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Der Schlag kam nach dem 1. Mai 1933 (...)

Mit der Machtübergabe an die Nazis änderte sich noch nicht alles. Viele meinten, es würde nur einer der vielen Versuche zur Regierungsbildung sein, der bald scheitern werde. Die Terrormaßnahmen nach dem Reichstagsbrand und verschärft nach dem Wahlsieg im März 1933 (die KPD war bei der Wahl bereits verboten und freie Betätigung für oppositionelle Parteien kaum mehr möglich), wurden zunächst noch mit einer Schein-Legalität bemantelt.

Der Schlag kam nach dem 1. Mai 1933, der noch zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt und unter Beteiligung der Gewerkschaften begangen wurde. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaften aufgelöst, die Büros gestürmt und verwüstet, Hauptamtliche und Funktionäre in „Schutzhaft“ genommen und das Gewerkschaftsvermögen (soweit nicht von Nazi-Funktionären unterschlagen) für die „Deutsche Arbeitsfront“ vereinnahmt. Die Unternehmer mussten sich weniger umstellen: eine der ersten Maßnahmen war ein Lohnstopp, an die Stelle der Interessenvertretung der Arbeitnehmer trat die „Deutsche Arbeitsfront“ und die Organe der Wirtschaft spürten den Bruch kaum. So berichtet das oberfränkische Handwerk 1936: „In vielen Fällen war ein Wechsel in der Führung der handwerklichen Organisationen erfreulicherweise gar nicht erforderlich, da ein erheblicher Teil der Obermeister und Gewerbevereinsführer schon vor der Machtübernahme in den Reihen der NSDAP stand.“



Verbot der Metallarbeiter-Zeitung 04.03.1933 (Zentralarchiv IG Metall)

WIDERSTAND

1933



Auch in Hof wurden am 2. Mai 1933 die Büros der Gewerkschaften gestürmt und verwüstet, die Kollegen festgenommen und verschleppt. 2013 brachte auf Initiative der IG Metall der DGB diese Gedenktafel am Haus Marienstraße 75 an, dem damaligen Sitz der Büros des Textilarbeiter- und des Bauarbeitersverbands.

Dass die Belegschaften dies nicht einfach hinnahmen, zeigte sich bei den Betriebsratswahlen 1933, die abgebrochen wurden, als sich für die Listen der Nazis eine desaströse Niederlage abzeichnete, weniger als ein Achtel der Wahlberechtigten stimmten für die neuen Machthaber. Bei den „Vertrauensrätewahlen“ im folgenden Jahr, als freie Listen gar nicht mehr kandidieren konnten, setzte sich dies fort: die Arbeiter reagierten mit Stimmenthaltung, ungültigen Wahlzetteln oder Nein-Stimmen auf die Abschaffung ihrer Vertreter, die Ergebnisse wurden nie vollständig veröffentlicht.

Ohne Organisation war aktiver Widerstand kaum möglich, so bestand das Ziel zuerst im Erhalt der Verbindungen, dem Sammeln und Weitergeben von Informationen und nicht zuletzt der Information im Ausland über die Vorgänge im „Dritten Reich“. Viele der 1933 Verhafteten waren dabei weiter aktiv.

Dass ein Sturz der Nazi-Herrschaft möglich wäre, stellte sich bald als Illusion heraus, so richtete sich die Hoffnung auf ein Eingreifen des Militärs (und später auf eine Niederlage im Krieg) und die Anstrengungen darauf, Kontakte aufrechtzuerhalten bzw. zu schaffen, um nach einem Ende der NS-Herrschaft wieder eine starke Organisation zu schaffen. Eine zentrale Rolle auf gewerkschaftlicher Seite spielte dabei der aus Bayreuth (und gewerkschaftlich aus dem Holzarbeiter-Verband) stammende (und diese Stadt auch regelmäßig besuchende) Wilhelm Leuschner, der die Kontakte zum Widerstandskreis des 20. Juli hielt. In dieser Debatte stellte sich das Ziel einer einheitlichen Gewerkschaft als Konsens heraus.



Wilhelm Leuschner Gedenkbriefmarke der Deutschen Bundespost (1964)

BEFREIUNG UND WIEDERAUFBAU

1945

Die Niederlage der Diktatur sollte in den Neuaufbau einer gerechteren Gesellschaft münden, in der die Ursachen des Aufstiegs der Faschisten beseitigt sein sollten. Als solche wurde insbesondere die nicht legitimierte Machtposition der großen Konzerne und Wirtschaftsverbände gesehen, deren Mitschuld an der Nazi-Diktatur außer Frage stand. Allerdings war dies mit dem Weg in die deutsche Teilung rasch vergessen, bald stand Aufbau westdeutscher Staatsorgane (und der alten wirtschaftlichen Machtverhältnisse) im Vordergrund, die Entnazifizierung endete relativ rasch und ergebnislos.

(...) eine Gewerkschaft für alle Arbeitnehmer, unabhängig von politischen Richtungen, Branchen und beruflichem Status.

Wie der Aufbau der neuen politischen und Verwaltungsstrukturen erfolgte auch die Neugründung der Gewerkschaften zunächst von unten. Auf örtlicher oder betrieblicher Ebene bildeten sich neue Gewerkschaften, die ihre Zulassung bei der jeweiligen Militärverwaltung oder den Arbeitsämtern beantragen mussten. Dabei gab es Wiedergründungen von Gruppen der alten Verbände, betriebliche Gewerkschaften oder neue Organisationsformen. Gemeinsam war ihr Bestreben, die alten Spaltungen zu überwinden und eine Einheitsgewerkschaft zu schaffen – eine Gewerkschaft für alle Arbeitnehmer, unabhängig von politischen Richtungen, Branchen und beruflichem Status. Gegen dieses Ziel bestanden bei den Besatzungsmächten Vorbehalte, so dass ein Zusammenschluss zunächst nur auf örtlicher und später auf Landesebene erfolgen konnte. In Bayern entstand so 1947 der Bayerische Gewerkschaftsbund (BGB) als einheitliche, regional gegliederte Gewerkschaft mit Fachverbänden für die einzelnen Branchen.

Die Abgrenzung der Fachverbände wurde dabei zwischen den Ländern der westlichen Besatzungszonen abgestimmt, um später eine gemeinsame deutsche Organisation zu schaffen. So konstituierte sich der Metaller-Fachverband parallel zum BGB-Gewerkschaftstag als Landesverband der IG Metall. Grundlage der Organisation bleibt aber die Ortsgruppe, auf denen Kreis- und Bezirksverbände aufbauten. Mit der Auflösung des BGB auf dem Gewerkschaftstag 1949 wurden die Fachverbände zu Landesbezirken der jeweiligen DGB-Gewerkschaften, die Ortsgruppen wurde zu den örtlichen Zusammenschlüssen der Ortskartelle, die die örtliche Arbeit koordinierten und als Sprecher der Gewerkschaft auftraten.

407	11 Jan.	11 Jan.	11 Jan.	11 Jan.	11 Jan.	11 Jan.	11 Jan.
L 11 Nrh.-Westf. 408	D*	B 4	T 2	T 1			
Bundesrepublik Deutschland LEA	100g W-Brot 11 Jan.	100g W-Brot 11 Jan.	C* 11 Jan.	500g W-Brot 11 Jan. 2	500g W-Brot 11 Jan. 1		
Nrh.-Westf. E 134 Erwachsene ab 16 Jahre Januar 1950	100g W-Brot 11 Jan.	100g W-Brot 11 Jan.	100g W-Brot 11 Jan.	100g W-Brot 11 Jan.	100g W-Brot 11 Jan.	100g W-Brot 11 Jan.	100g W-Brot 11 Jan.
	FETT 11 Jan. R	Bu 6 11 Jan.	Bu 6 11 Jan.	425g Butter 11 Jan. 1			
	FETT 11 Jan. S	250g Fett 11 Jan. C	250g Fett 11 Jan. B	250g Fett 11 Jan. A			
		3 11 Jan. ZUCKER	500g 11 Jan. 2 ZUCKER	500g 11 Jan. 1 ZUCKER			
Z 11 Nrh.-Westf. 403	Z 11 Nrh.-Westf. 405	Fleisch 7 11 Jan.	Fleisch 6 11 Jan.	Fleisch 5 11 Jan.			
Z 11 Nrh.-Westf. 402	Z 11 Nrh.-Westf. 404	Fleisch 4 11 Jan.	125g FLEISCH 11 Jan. 2b	125g FLEISCH 11 Jan. 2a			
Z 11 Nrh.-Westf. 401		Fleisch 3 11 Jan.	125g FLEISCH 11 Jan. 1b	125g FLEISCH 11 Jan. 1a			

Lebensmittelkarte der BRD, 19XX

„Die alten Meister, die sich gegenüber Zwangsarbeitern schlecht verhalten hatten, haben sich aus Angst vor Bestrafung in den Wäldern versteckt und sind erst aus den Löchern gekommen, als die letzten Zwangsarbeiter weg waren.“

Arbeit gab es für sie in dieser Zeit mehr als genug: die Versorgungslage war schlecht, was bedeutete, dass von vornherein nicht nur die Auseinandersetzung mit den Unternehmern, sondern auch mit den politischen Gremien geführt werden musste. Stellungnahmen der Gewerkschaften richteten sich gegen die zu geringen Zuteilungen an Lebensmitteln und protestierten gegen ausbleibende Lieferungen sogar dieser unzureichenden Mengen. Versorgungsprobleme betrafen aber nicht nur die Konsumgüter, sie brachten auch regelmäßig die Produktion zum Erliegen, zumal für das östliche Oberfranken die alten Lieferbeziehungen nach Osten abgeschnitten waren, was insbesondere die Energieversorgung in Schwierigkeiten brachte. Die Proteste gegen Versorgungsprobleme gipfelten in einem eintägigen Generalstreik des BGB, der auch in Oberfranken mit einer Reihe von Protestveranstaltungen durchgeführt wurde. In Hof, wo offenbar die Versorgung besonders schlecht war, wurde zunächst sogar eine Weiterführung des Streiks beschlossen.

Der Aufbau der Gewerkschaften ging relativ rasch vonstatten (so gab es in Bayreuth 1946 schon wieder 286 Metaller), ebenso der Wiederaufbau der Betriebsräte. Bereits 1945 gab es wieder Betriebsratswahlen und von ihnen wurde die Lösung vieler Probleme erwartet. Die Produktion konnte nur langsam wieder aufgenommen werden, wenigsten die notdürftige Versorgung der Beschäftigten musste gesichert werden (meist mit Kompensationsgeschäften). Dabei standen oft nicht die (später gefeierten) Wirtschaftswunder-Unternehmer im Vordergrund, sondern die Belegschaften, die Arbeitsprozesse wieder zu organisieren versuchten.



Theresienstraße in Hof nach dem Bombenangriff vom 08.04.1945 (FF 7410)

So berichtet Max Angerer (der spätere erste Bevollmächtigte der IG Metall), als er 1945 seine Lehre bei AMAG-Hilpert begann, sei er vom Betriebsrat eingestellt worden, denn „Die alten Meister, die sich gegenüber Zwangsarbeitern schlecht verhalten hatten, haben sich aus Angst vor Bestrafung in den Wäldern versteckt und sind erst aus den Löchern gekommen, als die letzten Zwangsarbeiter weg waren.“

Keine Ausnahme, denn viele die alten „Wirtschaftsführer“ waren Teil der NS-Herrschaft gewesen und damit, wenn sie nicht ohnehin abgetaucht oder festgesetzt waren, erst einmal politisch ausgeschaltet.

NEUBEGINN ODER RESTAURATION

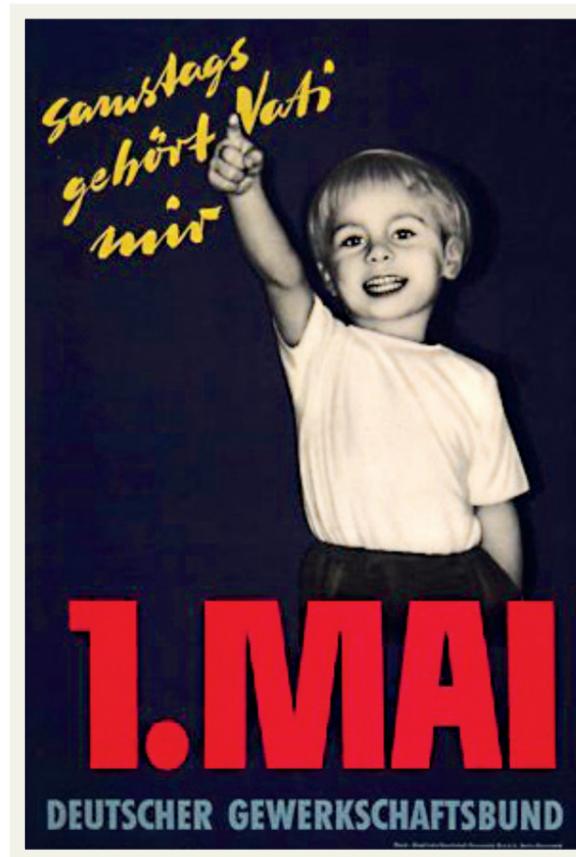
1950

(...) weder eine echte Ausweitung der Arbeitnehmerrechte noch der Übergang zu einer friedlichen und sozialen Politik stand auf dem Programm.

Die Wiederherstellung der alten Verhältnisse zeigte sich mit den ersten Schritten zur Gründung der Bundesrepublik. Bereits in der Währungsreform wurden die Sparguthaben abgewertet und die Vermögenswerte (insbesondere das Produktivvermögen) blieben ihren Eigentümern erhalten. Die Gewerkschaften protestierten, auch nachdem die Einführung der DM sich nicht nur in gewachsenem Güterangebot, sondern auch in steigenden Preisen niederschlug. Der Kampf gegen Reallohnverluste in Folge steigender Preise blieb dann auch ein Dauerthema für die Tarifpolitik. Die Reallöhne lagen unter dem Vorkriegsniveau, die Arbeitslosigkeit blieb bis Anfang der 50er Jahre hoch und so gab es nach der Währungsreform zwar alles zu kaufen, die Kaufkraft der Löhne blieb aber bescheiden.

Was sich schon mit Gründung der Bundesrepublik abzeichnete, wurde durch die Politik des neuen Staates bestätigt: weder eine echte Ausweitung der Arbeitnehmerrechte noch der Übergang zu einer friedlichen und sozialen Politik stand auf dem Programm.

Die Verteidigung der Mitbestimmung im Montanbereich, das Betriebsverfassungsgesetz, aber auch die Wiederbewaffnung und die geplante atomare Aufrüstung waren die Themen der Gewerkschaftskundgebungen und -konferenzen der 50er Jahre. Vor allem aber zeigte sich eine neue Stärke des Unternehmertums, die sich in besonderer Unnachgiebigkeit gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen niederschlug.



Plakat 1. Mai 1956

Bereits bei den ersten Arbeitskämpfen um Lohnerhöhungen, wie 1949 in der bayerischen und 1951 in der hessischen Metallindustrie, gab es keinerlei Entgegenkommen, die Arbeitgeber machten (wenn überhaupt) indiskutable Angebote oder forderten eine „Lohnpause“.

Nach der Einleitung von Arbeitskämpfmaßnahmen spielten sie die Empörten, betonten ihre Verhandlungsbereitschaft und beschworen die katastrophalen Folgen von Streiks, die auch gerne als Ergebnis kommunistischer Unterwanderung der Gewerkschaften hingestellt wurden.

„ein leuchtender Meteor am finsternen Himmel sozialpolitischer Auseinandersetzung“

Dieses Verhalten führte auch zum bayerischen Metallstreik 1954, „ein leuchtender Meteor am finsternen Himmel sozialpolitischer Auseinandersetzung“, wie Willi Bleicher diesen Streik charakterisierte. Die Arbeitgeber machten kein Angebot, bestritten die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen obwohl in Bayern die niedrigsten Effektivlöhne gezahlt wurden. Als auch nach Vermittlungsbemühungen des Arbeitsministers kein Angebot erfolgte, begann ein Streik, der sich mit bis zu 120 000 Beteiligten über den ganzen August hinzog. Das besondere am Streik war die hohe Zustimmung unter den Beschäftigten (in der Urabstimmung über 90%) und die Härte der Auseinandersetzung. Die Berechtigung der Forderung zeigte sich auch darin, dass eine Reihe von Unternehmen relativ rasch darauf eingingen und Haustarife abschlossen, andere Unternehmer gingen gegen Streikposten vor und versuchten Streikende zu kriminalisieren. So setzte sich der Arbeitskampf in vielen Fällen vor Gericht fort, weil nach dessen Ende viele aktive Gewerkschafter die Kündigung erhielten. Auch oberfränkische Firmen wie die Fa. Goller in Schwarzenbach/Saale taten sich hier hervor.

Aber es ging nicht allein um Lohnsteigerungen: 1956 begann in der Metallindustrie Schleswig-Holstein der längste Streik in der Geschichte der Bundesrepublik. Es ging um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, im Kern um die Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten. Erst in der 4. Urabstimmung wurde das Verhandlungsergebnis (mit knapp 40%) angenommen. Der entschlossene Kampf für die Lohnfortzahlung hat wohl dazu beigetragen, dass der Bundestag bald danach eine gesetzliche Regelung beschloss.

Für die IG Metall hatte der Streik Schadensersatzforderungen der Unternehmen zur Folge – ein Rechtsstreit, der mit der Einigung auf ein Schlichtungsverfahren in künftigen Tarifaueinandersetzungen beigelegt wurde.

Die Tarifabschlüsse konnten ab Ende der 50er Jahre eine Steigerung der Reallöhne erreichen, weniger Bewegung gab es bei der Verkürzung der Arbeitszeit. Die starre Haltung der Unternehmer zeigte sich 1963 in Baden-Württemberg, als die IG Metall einen Stufenplan zur Einführung der 40-Stunden-Woche erreichen wollte. Die Arbeitgeber reagierten mit einer Totalaussperrung, 350 000 Metaller waren im Arbeitskampf. Und nach Verhandlungsende und Aufhebung der Aussperrung kehrten die Ausgesperrten nicht an den Arbeitsplatz zurück, sondern warteten das Ergebnis der Urabstimmung ab.



Artikel „Fränkische Presse“, 01.03.1957

REFORMEN UND KRISEN

1969

Die „wilden Streiks“



Frankenpost 18.12.1975

Eine neue Form der sozialen Auseinandersetzungen kam mit den Septemberstreiks 1969: aufgrund der steigenden Inflation kam es vermehrt zu spontanen Arbeitsniederlegungen für Teuerungszuschläge zu den vereinbarten Tariflöhnen. Die „wilden Streiks“ (wie sie bald genannt wurden, da sie spontan und ohne Urabstimmungen durchgeführt wurden), zeigten gewachsenes Selbstbewusstsein der Arbeitnehmer, sie signalisierten aber auch das Ende der Nachkriegskonjunktur, als bei hohen Wachstumsraten die Verteilungsspielräume groß waren.

Dies brachte auch die Wiederkehr von Krisen, erstmals gab es 1966/67 kein Wachstum mehr. Der Rückgang um 0,1% war weniger ein wirtschaftliches Problem als ein Zeichen, dass die Entwicklung der Bundesrepublik im alten Stil an ihre Grenzen gekommen war. Modernisierungsbedarf zeigte sich nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Als erstes brach dies im Bildungsbereich auf – mit der „Studentenbewegung“.



Frankenpost 06.03.1983

„Lehrjahre sind keine Herrenjahre“

Nicht so spektakulär war die Lehrlingsbewegung. Nicht nur die akademische Ausbildung lag im Argen, auch die Berufsausbildung war reformbedürftig. Die gewachsenen Anforderungen an eine gute Berufsausbildung waren mit „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ nicht mehr vereinbar und dem Selbstverständnis der Jugendlichen entsprach auch nicht mehr die kritiklose Unterordnung unter alle Ansinnen des „Lehrherrn“.



Der Zundering, 1971

Die 1969 gewählte neue Regierung, in der erstmals auch wieder profilierte Gewerkschafter vertreten waren, reagierte. Die Reformpolitik brachte eine Reihe von Veränderungen gerade in der Arbeitswelt:

- das Berufsbildungsgesetz machte das duale System wieder zukunftsfähig
- die Mitbestimmung im Betrieb und auf Unternehmensebene wurde ausgebaut (Betriebsverfassungsgesetz und Jugendvertretung)
- Strategien zur Humanisierung der Arbeit wurden entwickelt, unter Einbeziehung der Belegschaften umgesetzt und fanden ihren Niederschlag in Gesetzen wie der Arbeitsstättenverordnung
- die Arbeitslosenversicherung wurde zu einer Arbeitsförderung aufgebaut.

Für die Gewerkschaften entstanden damit neue Aufgaben und Möglichkeiten. Die Betriebsräte hatten bessere Bedingungen zur Interessenvertretung der Belegschaften, die Vertrauensleutearbeit wurde ausgebaut, es erschienen wieder Betriebszeitungen.

Auch die IG Metall war Teil des Reformprozesses, sie trieb die gesellschaftspolitische Debatte mit voran (bis hin zum stahlpolitischen Programm und zu Konzepten der Rüstungskonversion, die freilich mit dem Ende der Friedensbewegung auch aus der politischen Diskussion verschwanden).



Warnstreik AMAG, 10.03.1983



Nordbayrischerkurier, 1886

Die Sicherung der Reallöhne und die Verbesserung der Lebenslage der Arbeitnehmer wurde freilich schwieriger. Gestiegene Inflationsraten fraßen die Lohnerhöhungen auf und Strukturkrisen in einer Reihe wichtiger alter Industrien führten zu Arbeitsplatzverlusten, die zugleich Kernbereiche der gewerkschaftlichen Organisation betrafen.

Der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen trat in den Vordergrund, ging aber trotz unvermeidlicher Zugeständnisse über einen reinen Abwehrkampf hinaus. Er wurde verbunden mit strukturpolitischen Forderungen auf der politischen Ebene, mit wirtschaftspolitischen Konzepten und mit tarifpolitischen Vorstößen zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit. Obwohl die 35-Stunden-Woche nur teilweise durchgesetzt wurde, trug sie in den Folgejahren zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

Transnationale Konzerne, Verlagerung von Arbeitsplätzen und grenzüberschreitende Produktionsprozesse stellten Betriebsräte und Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Die internationalen und europäischen Gewerkschaftsorganisationen wurden wichtiger – um Einfluss zu nehmen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die nicht mehr auf nationaler Ebene entschieden werden, und um die Gewerkschaften in den Ländern zu unterstützen, in denen oft noch „frühkapitalistische“ Arbeits- und Lebensbedingungen existieren.

Nicht nur strukturelle und konjunkturelle Krisen machten Interessenvertretung schwierig, mit dem schrittweisen Abbau von Sozialleistungen erfolgten neue Angriffe auf die Realeinkommen und auf die soziale Absicherung der Arbeitnehmer. Zunehmend waren nicht mehr notwendige Sparmaßnahmen im Staatshaushalt die Begründung dafür. Der zunehmend neoliberal orientierten Wirtschaftspolitik war der Staat an sich (und erst recht der Sozialstaat) ein Dorn im Auge.

(...) ein ideologischer Angriff auf den „Gewerkschaftsstaat“

So erfolgte zugleich ein ideologischer Angriff auf den „Gewerkschaftsstaat“, erleichtert wurde dies durch Probleme und Skandale bei gemeinnützigen Unternehmen (erinnert sei nur an die „Neue Heimat“), die

freilich gerade darin ihre Ursache hatten, dass sich diese nicht gemeinwirtschaftlich betätigten, sondern wie „richtige“ Wirtschaftsunternehmen arbeiten wollten.

Darum ging es aber nicht: Sozialleistungen, Arbeitnehmerrechte und Sozialpartnerschaft wurden gleichermaßen als „nicht mehr zeitgemäß“ hingestellt. Folgerichtig kam es zu neuen Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung in Unternehmen und schließlich auch zu Versuchen, das Streikrecht über gesetzliche Neuregelungen beim Arbeitsförderungsgesetz (AFG) auszuhöhlen. Gerade die unerwartet starken Proteste in dieser Frage zeigten, dass ein großer Teil der Arbeitnehmer diese politische Stoßrichtung verstanden hatten.



Flugblatt Warnstreik 1987



Flugblatt Warnstreik 1987

ZEITEN DES WANDELS

1975

1975

1998

Metaller schließen sich zusammen

Bayreuth und Hof ab April vereinigt – Angriffe gegen Unternehmer und Opposition

Zu ihrer Vertreterversammlung trafen sich am Wochenende 145 nordbayerische Funktionäre der Industrie-Gewerkschaft Metall, die Max Anzgerer (Bayreuth) zum 1. Bevollmächtigten, Otto Heller (Hof) zu seinem Stellvertreter wählten. Damit ist der Zusammenschluß der beiden Verwaltungen Bayreuth und Hof perfekt, der zum 1. April dieses Jahres in Kraft tritt. Als Gast der Vertreterversammlung richtete der bayerische IG-Metall-Chef Erwin Essl scharfe Angriffe gegen die Unternehmer und Politiker der CDU/CSU, die „die sozialliberale Reformpolitik torpedieren und mittels Panikmache an die Macht gelangen wollen“.

Fitschala (Creußen), Oswald Grimm (Selb), Adam Hörl (Selbitz), Hans Müller (Bad Berneck), Eduard Pinzer (Marktredwitz), Else Potzler, Hans Scheuerlein und Johann Sebold (alle Pegnitz).

Essl überbrachte der Vertreterversammlung die Grüße und Glückwünsche des Bundesvorstandes und der Bezirksleitung Bayern. Wie Essl

Nordbayrischer Kurier, 24. März 1975



Knapp 80 Gewerkschafter harrten trotz Dauerregens bei der DGB-Maikundgebung auf dem Rathausplatz in Schwarzenbach/Saale aus. Um ihrer Forderung nach „Sozialer Einheit in Frieden und Freiheit“, dem diesjährigen Motto zum 1. Mai, Nachdruck zu verleihen

MdB Ludwig Stiegler warnt bei DGB-Kundgebung:
Durch die Einheit sind soziale und regionale Probleme im Grenzland nicht gelöst worden

Nordbayrischer Kurier, 1. Mai 1991

Die Einheit brachte auch die Einheit der Gewerkschaften.

Mit der deutschen Einheit änderte sich vieles. Die Grenzlage unserer Region fiel weg, freilich führte dies zu keiner nachhaltigen Verbesserung, war doch ihre Bedeutung bereits gesunken und die industriellen Strukturprobleme hielten an. Auf der anderen Seite fielen eine Reihe von Fördermöglichkeiten weg und manchmal entstand eine neue Konkurrenzsituation zu den neuen Bundesländern.

Diese wurden zu einem neoliberalen Experimentierfeld. Mit massenhaftem Verbrauch öffentlicher Gelder und ebenso massenhaftem Abbau von Arbeitsplätzen wurden alte Industrien abgebaut und die Zukunftsfähigkeit der überlebenden und neu entstandenen in einer Welt ohne Betriebsräte, Tarifverträge gesucht – was zudem als (zumindest heimliches) Werbeargument für die Wirtschaftsstandorte genutzt wurde.

Die Einheit brachte auch die Einheit der Gewerkschaften. Die IG Metall organisierte auch Industriebeschäftigte in den neuen Ländern und half – auch personell – beim Aufbau von Organisationsstrukturen dort.

Zusammenwachsen gab es auch bei den gemeinsamen Kämpfen. Die Liberalisierung ging weiter, auch auf dem Arbeitsmarkt. Leiharbeit und Werkverträge sowie ein rasch wachsender Niedriglohnsektor schienen die Entwicklung in alten wie neuen Ländern zu bestimmen.

Erfolgreiche Regelungen zeigten sich auch in der Finanzkrise, als Entlassungen in großem Umfang vermieden werden konnten durch den Abbau von Arbeitszeitkonten, was einen raschen Aufschwung nach der Krise für die Betriebe erleichterte. Davon ist freilich nicht die Rede, wenn mehr Flexibilität gefordert wird. Vielmehr kommen dann die alten Angriffe, auf den 8-Stunden-Tag, auf Tariflöhne, auf Mitbestimmungsrechte. Damit wird die nächste Runde der

Auseinandersetzung eingeleitet, in der manche offenbar die vollständige Unterwerfung der Arbeitskraft unter die „betrieblichen Anforderungen“ erreichen wollen, bei der alle Schranken zum Schutz der Arbeitskraft niedergerissen werden.

Auch die Gewerkschaften organisierten sich in dieser Zeit neu. Die IG Metall-Verwaltungsstellen Hof und Bayreuth schlossen sich 1975 zusammen, bei der Gewerkschaft Textil-Bekleidung entstand 1996 aus den alten Verwaltungsstellen Hof-Münchberg-Naila, Bayreuth und Kulmbach die neue Verwaltungsstelle Münchberg. Zum 1. April 1998 schloss sich die GTB der IG Metall an, im Jahre 2000 folgte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff.



1. Mai 1991 - Schwarzenbach/Saale



1. Mai 2002 - Schwarzenbach/Saale



Demo Bonn, Juni 1996

DIE IG METALL OSTOBERFRANKEN HEUTE

MÜNCHBERG, 2016

Der Blick auf die die 125-jährige Geschichte der IG Metall vor Ort kann nicht ohne einen Ausblick auf die Zukunft enden. Dazu müssen wir das Rad der Geschichte ein wenig zurückdrehen. Die 1975 entstandene neue IG Metall Verwaltungsstelle Bayreuth (nach dem Zusammenschluss von Bayreuth und Hof), an deren Spitze Max Angerer als 1. Bevollmächtigter und Otto Heller als 2. Bevollmächtigter standen, erfuhr 1998 durch die Integration der damaligen GTB weiteren Zuwachs. Aber bleiben wir erst noch in der Zeit von 1975 bis 1996. Nach der Amtszeit von Max Angerer als 1. Bevollmächtigter übernahm 1988 Helmut Stachel dieses Amt und die Verantwortung für die IG Metall Verwaltungsstelle Bayreuth. Georg Sticht wurde 2. Bevollmächtigter. Der seit 1989 bei der IG Metall in Bayreuth als Sekretär tätige Heinz Köppel wurde 1991 der Nachfolger von Helmut Stachel, als dieser sich für den Aufbau der Gewerkschaftsarbeit in den neuen Bundesländern entschieden hatte. Walter Baumgartner wurde 1991 als 2. Bevollmächtigter gewählt.

Bereits 1897 wurde in Münchberg eine Zahlstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegründet. Diese war Keimzelle der gewerkschaftlichen Betätigung über viele Jahre hinweg und letztendlich nach dem zweiten Weltkrieg der Wegbereiter der späteren Gewerkschaft Textil Bekleidung. Deren Verwaltungsstellen „Hof-Münchberg-Naila“ (mit Willi Frenzel als Geschäftsführer), „Bayreuth-Marktredwitz“ (Geschäftsführer Jürgen Jakob) und „Kulmbach“ (Jürgen Wagner als Geschäftsführer) schlossen sich - im Vorfeld der geplanten Integration in die IG Metall - im Oktober 1996 zur GTB Verwaltungsstelle „Münchberg“ mit Jürgen Wagner als Geschäftsführer an der Spitze zusammen. Mit dem Zusammenschluss mit der IG Metall zum 1. April 1998 kam es zur Selbstauflösung der Gewerkschaft-Textil-Bekleidung (GTB). Das der GTB gehörende Haus in Münchberg wurde im Laufe des Jahres 1998 umgebaut und zum neuen Standort der IG Metall vorgesehen. Mit der Übernahme der GTB und dem damit verbunden Ortswechsel

ins eigene Haus nach Münchberg wurde ein neuer Name benötigt. Seitdem - als eine der ersten IG Metall Verwaltungsstellen in Bayern - ist nicht mehr eine Stadt Namensgeberin der IG Metall, sondern eine Region. Aus der IG Metall Bayreuth wurde die IG Metall Ostoberfranken.

Als Dritte im Bunde wurde im Jahre 2000 die traditionsreiche Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in die IG Metall überführt. Die seit dem Umzug von Bayreuth nach Münchberg im Jahre 1998 bereits im Gewerkschaftshaus tätige GHK Geschäftsstelle Bayreuth-Münchberg mit ihrem Geschäftsführer Volker Seidel wurde ein Teil der IG Metall Ostoberfranken. Die Beschäftigten der GTB und GHK waren/sind bis zu ihrem altersbedingten Ausscheiden weiter für die Belange der IG Metall Mitglieder in der Region tätig. Im Zuge der Integration der beiden kleinen Gewerkschaften in den Jahren 1998 und 2000 gab es einige personelle Veränderungen. Der letzte Geschäftsführer der GTB vor Ort, Jürgen Wagner, wechselte im Zuge der Integration in die Bezirksleitung der IG Metall nach München, wo er auch im Jahre 2016 als Orga-Sekretär noch tätig ist. Willi Rembs, der für die IG Metall Bayreuth als Sekretär unterwegs war, wechselte 1998 in die IG Metall Amberg. Die Geschäftsführer der GTB/GHK Willi Frenzel, Jürgen Jakob und Volker Seidel wurden ebenso wie die Gewerkschaftssekretärin Gabi Schmittnägel und der Gewerkschaftssekretär Werner Müller (beide von der GTB) in die IG Metall Ostoberfranken übernommen.

Von Mitte 2000 bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden im Jahre 2012 stand der - vom DGB Rechtsschutz kommende - Thomas Etzel in Diensten der IG Metall. In 2007 schied der langjährige 1. Bevollmächtigte Heinz Köppel aus dem Amt aus. Heinz Köppel hatte gemeinsam mit dem Ortsvorstand der IG Metall Ostoberfranken rechtzeitig die Weichen für seine Nachfolge gestellt. In Sommer 2007 wurde Volker Seidel zum 1. Bevollmächtigten und Kassier



Zur Delegiertenversammlung 2000 entstand unser Bild. V.l.n.r. stehen Jürgen Jakob (er wurde im Jahr 2005 zum DGB Regionsvorsitzenden der Region Oberfranken-Ost gewählt), Volker Seidel (seit 2007 1. Bevollmächtigter), Werner Müller und Gabi Schmittnägel (beide ehemalige GTB'ler), Heinz Köppel (1. Bevollmächtigter bis 07/2007), Willi Frenzel (ehemals GTB) und Walter Baumgartner (2. Bevollmächtigter bis 03/2012). Bis auf Volker Seidel sind heute alle ausgeschieden und in Rente.

durch die Delegiertenversammlung gewählt. Mit einem dreijährigen Projekt begann im November 2008 Stephan Parkan seine gewerkschaftliche Laufbahn bei der IG Metall Ostoberfranken. Der heute in der IG Metall Aschaffenburg tätige Kollege übernahm bis zu seinem Wechsel Tätigkeiten des ausgeschiedenen 2. Bevollmächtigten Walter Baumgartner. Das Amt des 2. Bevollmächtigten ging 2012 auf Kollegen Wolfgang Kormann über. Er nimmt die Tätigkeit als Bevollmächtigter - er ist Vorsitzender des Betriebsrates der KSB AG am Standort Pegnitz - auch noch in 2016 ehrenamtlich wahr. Uwe Bauer unterstützte ab Mitte 2012 das Team der IG Metall Ostoberfranken. Es bestand

zu diesem Zeitpunkt aus folgenden hauptamtlich politischen Beschäftigten: Volker Seidel, Uwe Bauer, Andreas Ziegler und Thomas Etzel. Andi Ziegler war als Sekretär des Vorstandes vom 1. Mai 2012 bis zum 30. Juni 2013 in Ostoberfranken tätig. In der Verwaltung waren Angelika Polster, Doris Breuer und bis August 2012 Theresia Reckentin für die Betreuung der Mitglieder zuständig. Seit Ende 2012 unterstützt Ute Härtrich das Team der IG Metall Ostoberfranken. Uwe Bauer ist im Frühjahr 2016 zum 1. Bevollmächtigten in der Geschäftsstelle Schwäbisch Hall gewählt worden und wechselte zum 01. Juni 2016 in sein neues Aufgabengebiet.

*Wirkt im Betrieb ...
... hilft im Leben!*

Mit dem Erscheinen unsere Broschüre "125 Jahre IG Metall Ostoberfranken" im Juni 2016 besteht die seit Januar 2016 als Geschäftsstelle bezeichnete IG Metall Ostoberfranken aus folgenden hauptamtlich Beschäftigten: Volker Seidel (1. Bevollmächtigter), Stefan Winnerlein (Gewerkschaftssekretär - seit Mai 2013 in Ostoberfranken tätig) und Robin Schoepke (Gewerkschaftssekretär - seit Juni 2016 in Ostoberfranken tätig). Allerdings, ohne die Kolleginnen im Büro geht nichts! Angelika Polster, Doris Breuer,

Ute Härtrich und die Auszubildende Laura Schmidt helfen tatkräftig mit, damit die IG Metall Ostoberfranken ihrem Motto: „wirkt im Betrieb ... hilft im Leben“ immer gerecht wird!

„Mitreden. Mitentscheiden. Mitgestalten.“ So hat der Ortsvorstand der IG Metall Ostoberfranken seine Arbeit gestaltet und so haben es die ehren- und hauptamtlichen Funktionäre gemeinsam in den Betrieben, in der VK-Arbeit, im Jugendbereich und im Büro gelebt. „Mitreden. Mitentscheiden. Mitgestalten.“ Das versteht die IG Metall unter „Mitmachgewerkschaft“, so sieht die IG Metall Ostoberfranken ihre gemeinsame Zukunft.



Das Team der IG Metall Ostoberfranken am Ende des Jahres 2015: Links hinten steht der IG Metall Rentenberater Francis Oppenauer, der im vierzehntägigen Wechsel ehrenamtlich in Münchberg tätig ist, Volker Seidel und Wolfgang Kormann, die beiden Bevollmächtigten. Angelika Polster die gute Seele im Büro. Einen Tag in der Woche unterstützte in den Jahren 2014/2015 Tobias Newger die IG Metall Ostoberfranken. Neben ihm steht Stefan Winnerlein, er kam am 1. Mai 2013 nach Ostoberfranken und übernimmt ab Juni 2016 die Aufgabengebiete von Uwe Bauer (vorne Links), der von Juli 2012 bis zu seiner Wahl in Schwäbisch Hall in 2016 als Gewerkschaftssekretär tätig war. Vorne eingrahmt von Ute Härtrich und Doris Breuer die Auszubildende der IG Metall Ostoberfranken Laura Schmidt. (v.l.n.r).



Am 12. März 2016 wurde für die nächsten vier Jahre der Ortsvorstand und die Bevollmächtigten der IG Metall Ostoberfranken neu gewählt. Jürgen Kerner (ganz links), Hauptkassier der IG Metall und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes gratulierte allen neu gewählten Vorstandsmitgliedern. Eingrahmt durch die beiden Bevollmächtigten Volker Seidel (links) und Wolfgang Kormann stehen: Claudia Augustin (Mitglied des Beirates der IG Metall, KSB, Pegnitz), Alois Heinlein (Kennametal, Mistelgau), Christine Feig-Kirschneck (NETZSCH-Feinmahltechnik, Selb), Michael Winkler (WILO SE, Hof), Nadine Anger (Stahl und Drahtwerk, Röslau), Kristin Dittmar (Karl Mayer Technische Textilien, Naila), Melanie Popp (Mann+Hummel, Himmelkron), Hermann Ransberger (ABM Greiffenberger Antriebstechnik, Marktredwitz), Michael Müller (Glen Dimplex Deutschland, Kulmbach), Randolph Oechslein (Die Spinnerei Neuhof, Hof) und Stefan Hübner (Faber-Castell, Geroldsgrün).

Was 1891 ehrenamtlich begonnen hat, ist auch in 2016 der Garant für gute gewerkschaftliche Arbeit: Der ehrenamtlicher Ortsvorstand der IG Metall Geschäftsstelle Ostoberfranken. Mit der Ansiedlung der Firma AMAG-Hilpert in Pegnitz 1891 traten dort die ersten Beschäftigten dem Metallarbeiter-Verband bei. Der Kreis schließt sich! Seit 2012 kommt der 2. Bevollmächtigte Wolfgang Kormann wieder aus dem gleichen Betrieb - die AMAG-Hilpert-Pegnitzhütte AG wurde zwischenzeitlich zur KSB AG.

Und so wie die 125-jährige Geschichte der IG Metall begonnen hat, mit dem Zusammenschluss abhängig Beschäftigter zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, so starten wir in die nächsten 125 Jahre.

Volker Seidel
1. Bevollmächtigter
IG Metall Ostoberfranken

**„Mitreden.
Mitentscheiden.
Mitgestalten.“**



Abbildungsverzeichniss

- Seite 4: Reichsgesetzblatt 34, 1878; Wikimedia Commons
- Seite 5: DMZ Nr. 42, 1885; Archiv DMZ
- Seite 6: Versammlungsbericht, 1891; Stadtarchiv Bayreuth – Akte 15912, Nr. 4300
- Seite 7: Gießereiarbeiter Amag-Hilpert, Nordb. Kurier 03./04.06.1990; KSB
- Seite 8: Postkarte Streik Crimmitschau, 1994; Wikimedia Commons
- Seite 9: Mechanische Baumwollspinnerei Bayreuth, um 1900; wikipedia.org
- Seite 11: Postkarte 8 Stunden Tag; Verlag Richard Lipinski ca. 1901–1910, Wikimedia Commons
- Seite 12: Demo Kapp-Putsch; Von Original photograph uncredited. Scan by Ning-ning
- Seite 16: Verbot Metallarbeiter-Zeitung, 04.03.1933; Zentral Archiv IG Metall
- Seite 17: Gedenktafel; DGB Hof
W. Leuschner Gedenkbriefmarke, 1964; By NobbiP
- Seite 18: Lebensmittelkarte; IG Metall (1986)
- Seite 19: Ruinen Hof, 1945; Stadtarchiv Hof
- Seite 20: Mai-Plakat, 1956; Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Seite 21: Fränkische Presse 01.03.1987; Archiv Angerer
- Seite 22: Frankenpost, 18.12.1975; Archiv Angerer
NordbK., 10.3.83; Archiv Angerer
Zunder-Ring, 1971; M. Möckel
- Seite 23: Streikposten vor einem Bayreuther Metallbetrieb, 08.1954; IGM Zentralarchiv
- Seite 24: Nordbayrischer Kurier, 5.3.1983/5.2.86/4.3.1986; Archiv Angerer
- Seite 25: Flugblatt, 1987; Archiv Angerer
Blaumann, Betriebszeitung Fa. Goller, Schwarzenbach/Saale, 1989; M. Möckel
- Seite 26: Nordbayrischer Kurier, 24.03.1975, Archiv Angerer
Frankenpost, Mai 1991; M. Möckel
- Seite 27: 1. Mai Schwarzenbach/Saale, 2002; M. Möckel
1. Mai Schwarzenbach/Saale, 1991; M. Möckel
Demo Bonn Juni 1996; M. Möckel
- Seite 29: Delegiertenversammlung, 200; IGM OOF
- Seite 30: Team OOF, 2015; IGM OOF
- Seite 31: Neuwahlen des Orstvorstandes und der Bevollmächtigten, 12.03.2016; IGM OOF

Ein vollständiges Verzeichnis der verwendeten Quellen und Literatur sowie der Text mit Anmerkungen findet sich im Internet auf der Website der IG Metall Ostoberfranken unter www.igmetall-ostoberfranken.de/igm/uploads/Dokumente/125jahre.pdf



Verboten

„2,5 Prozent mehr Lohn — ein Hohn“

